



Kiel, 02.06.2017

PRESSEMITTEILUNG

Städtetag begrüßt Einigung bei den Finanzbeziehungen von Bund und Ländern und sieht Handlungsbedarf bei Investitionen und Altschulden

"Die kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein begrüßen die Einigung bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, weil es das Land in die Lage versetzt, die Städte und die kommunale Ebene insgesamt strukturell zu entlasten und den Problemen fehlender Eigenfinanzierungsfähigkeit und fehlender Investitionskraft zu begegnen. Zudem kann das Land damit auch die Kommunen von Altschulden entlasten. Die Ende 2019 auslaufenden Fördermittel des Bundes im Bereich der sozialen Wohnraumförderung und der kommunalen Straßenverkehrsfinanzierung können damit weiter finanziert werden", erklärte Lübecks Bürgermeister und Vorsitzender des Städtetages Schleswig-Holstein, Bernd Saxe. Vor allem sei wichtig, die Mittel für die Bildungsinfrastruktur (rd. 100 Mio. €), die der Bund jetzt zur Verfügung stellt, bedarfsgerecht an finanzschwache Kommunen weiterzureichen und - wenn sie nicht ausreichen - mit eigenen Landesmitteln zu ergänzen.

"Es komme jetzt darauf an, dass das Land den Kommunen einen fairen Anteil an den vom Bund gewährten zusätzlichen Mitteln zusichere. Die Herausforderungen für die Städte im Bereich der Kosten der Kinder- und Schulkindbetreuung, der Investitionen in die Bildungslandschaft, den Erhalt und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, der Finanzierung der Integration und vieles mehr sind riesig, die Finanzlage vieler Städte aber immer noch dramatisch. Risiken steigender Zinsen und sinkender Wirtschaftsleistungen müssen berücksichtigt werden" mahnte Saxe weiter.

"Wir erwarten daher schnelle strukturelle Hilfe für die Städte, die nicht erst im Jahr 2020 einsetzt, sondern schon heute beginnt", so Saxe abschließend.

Verantwortlich: Jochen von Allwörden
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Städteverbandes Schleswig-Holstein